

Tagesordnung standen die vom Genossen Ulbricht aufgeworfenen Fragen der kulturellen Massenarbeit und die Diskussion zu den Entwürfen der neuen Ordnungen über die Aufgaben und die Arbeitsweise der örtlichen Volksvertretungen und deren Organe. Mittelpunkt der Aussprache war ein neuer Arbeitsplan der staatlichen Organe zu Fragen der Kultur, den die Genossen aus dem Staatsapparat vorgelegt hatten. Die Bürositzung wurde damit für die mit eingeladenen Genossen aus dem Staatsapparat und aus der Nationalen Front gleichzeitig zu einer Schule für die höhere Qualität der Arbeit/

### **Auf neue Weise arbeiten**

Es erwies sich, daß vor allem die Genossen aus dem Staatsapparat das Wesen unserer neuen Arbeitsweise und ebenso den neuen Inhalt unserer kulturellen Arbeit nach der Bitterfelder Konferenz noch nicht völlig verstanden hatten. So mußte das Büro zum Beispiel kritisieren, daß die Vorschläge der Genossen mehr oder weniger nur darauf abzielten, die verschiedenen Meinungen der Bürger über die Kulturarbeit zu sammeln. Sie zeigten aber noch nicht die konkreten Wege, wie die ganze Bevölkerung mit Hilfe der ständigen Kommissionen und der Ausschüsse der Nationalen Front jetzt für die selbständige Gestaltung ihres kulturell-gesellschaftlichen Lebens gewonnen werden kann. Ebenso war die Forderung des Genossen Walter Ulbricht nicht berücksichtigt worden, für die Ständige Kommission Kultur und für den Klubrat geeignete Fachkräfte, aus der Bevölkerung zu gewinnen; also Menschen, die eine kulturelle Aufgabe auch fachlich übersehen und in die Hand nehmen können. Die Genossen im Staatsapparat wurden beauftragt, die kritisierten Mängel in ihrer Konzeption rasch zu überwinden und allen Mitarbeitern darzulegen, worauf es jetzt in der Arbeit ankommt. Das Büro legte gleichzeitig eine straffe Kontrolle der Durchführung der Beschlüsse fest.

Um die notwendigen Aussprachen mit der Bevölkerung im Wohngebiet politisch gut vorzubereiten, kamen leitende Funktionäre der Bezirks-, Stadt- und Stadt-

bezirksleitung, die Genossin Bürgermeisterin des Stadtbezirkes, die Stadträte für Kultur des Stadtbezirkes sowie der Stadt Leipzig, die Vertreter der Parteien, der Massenorganisationen, der Betriebe, der Wohnbezirksausschüsse der Nationalen Front u. a. im Kulturzentrum Südwest zusammen. Hier wurde ausführlich über die erforderliche Wende in der kulturellen Arbeit gesprochen, wobei viele wertvolle Gedanken und Anregungen geäußert wurden. Die Zusammenkunft half uns, alle gesellschaftlich aktiven Kräfte im Wohngebiet rasch auf den notwendigen neuen Inhalt in der Arbeit des Kulturzentrums und auf die engste Zusammenarbeit mit der Bevölkerung zu lenken.

Die nächste Aufgabe bestand darin, mit diesen Kräften in den Hausgemeinschaften Versammlungen durchzuführen und mit den Einwohnern selbst über ihre Wünsche, Gedanken und Vorschläge zu beraten. Das war besonders für viele Mitarbeiter des Staatsapparates eine neue Art des Herangehens an die Aufgaben. Die ersten Versammlungen wurden bewußt in jenen älteren Straßen des Stadtbezirks durchgeführt, in denen die Werktätigen besonders konzentriert wohnen.

### **Was die Bürger raten und sagen . \* s**

Die Aussprachen erbrachten ein Bild der vielfältigen Interessen der Bevölkerung am kulturellen Leben. So wurde u. a. vorgeschlagen, das Vortragswesen im Wohngebiet stärker auf die neuen aktuellen Fragen zu richten (Weltraumfahrt, neue Technik, aktuelle Fragen des politischen Geschehens u. a.), Möglichkeiten für das Singen und Musizieren zu schaffen, Buch- und Filmbesprechungen durchzuführen und Zirkel für Batik und andere Formen der kulturellen Selbstbetätigung einzurichten. Die Hausgemeinschaft Gießereistraße 70 äußerte den Wunsch, ein gemeinsames Sommerfest zu veranstalten. Es wurde auch vorgeschlagen, daß mehrere Hausgemeinschaften gemeinsam im Kulturzentrum Südwest Kulturabende organisieren. Dieses Vorhaben sollte ganz besonders unterstützt werden, denn hier haben wir den unmittelbarsten Ausdruck des Neuen im gesellschaftlich-kulturellen Leben der Häuser und Wohngebiete.